

Groß geschrieben, plural und integrativ

Hat der Sozialismus trotz seines epochalen Scheiterns eine Zukunft? Ja, unter dem Namen «Demokratischer Sozialismus» kann die Linke das schaffen, was der Menschheit fehlt. Anmerkungen zu einem Text von Tom Strohscneider.

Horst Heimann

Der Diskussionsbeitrag «Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat» von Tom Strohscneider fasst einige der theoretischen Irrungen und Wirrungen von linken Intellektuellen treffend zusammen, die auch eine Ursache dafür sind, dass die neoliberale Weltideologie nach der Implosion des Sowjetkommunismus zwar nicht die Massen, aber die Mehrheit der westlichen Eliten ergreifen konnte und zur politischen Macht wurde. Inzwischen erleichtern diese Irrungen und Wirrungen auch den bedrohlichen Vormarsch der Rechtspopulisten, die Begriffe und Namen für das haben, was sie wollen.

Was wäre dem entgegenzusetzen? Man kann an dieser Stelle auf einen anderen, weniger pessimistischen Text von Strohscneider verweisen - sein realistisch-optimistisches Buch über Eduard Bernstein. Es sei allen empfohlen, die dem Sozialismus eine Zukunft geben wollen, allen, die die theoretische Hilflosigkeit linker Intellektueller etwas abbauen helfen wollen - durch Erneuerung und Revision fataler Irrtümer und Fehlinterpretationen.

Aber zurück zum Diskussionsbeitrag «Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat». Dort werden «zwei gängige Antworten» auf die Frage nach den Zukunftschancen des Sozialismus referiert: «Optimistisch betonen die einen eine Renaissance sozialistischer Politik», die anderen würden eine Alternative zum Kapitalismus strikt ablehnen. Hier muss mit empirischer Präzision etwas ergänzt werden: In den Eliten lehnt eine überwältigende Mehrheit eine Alternative zum Kapitalismus ab, die eine Mehrheit der Bevölkerung durchaus wünscht. Die erwähnten Optimisten hingegen irren leider, denn es gibt *noch nirgendwo* eine echte «Renaissance sozialistischer Politik». Zwar halten kleine Minderheiten noch voluntaristisch am Ziel «Sozialismus» fest. Aber in dieser kleinen Minderheit hat nur eine noch kleinere Minderheit überhaupt ein theoretisch-strategisches Konzept für »sozialistische Politik«, die in Richtung des Zieles führen könnte.

Das Hauptproblem für jene, die noch eine Alternative zum Kapitalismus suchen, hat Strohscneider mit einem Zitat von Volker Braun benannt: «Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat». Wir haben keinen Namen, also auch keinen Begriff von dem, was wir wollen. Karl Marx irrte, als er glaubte: «Wenn die Menschheit erst einmal einen Begriff

von einer Sache hat, wird sie auch bald die Sache selbst haben.» Richtig aber wäre folgende Weiterentwicklung seines Gedankens: «Wenn die Menschheit nicht einmal einen Begriff von einer Sache hat, also auch keinen Namen, dann wird sie diese Sache nie haben.»

Wenn wir also an einer Alternative zum Sozialismus festhalten wollen, hat das nur Sinn, wenn wir wieder einen Begriff von der Sache haben und auch einen Namen dafür. Ich selbst gehöre zu der Minderheit, die von so einem Ziel, einem entsprechenden Begriff und einer Reformstrategie ausgehen. Die durch den linken Aufbruch in den 1960er und 1970er Jahren ermöglichte Politikwende nach links hatte uns Sozialisten diesem Ziel schon näher gebracht - unter dem damals attraktiven Namen «Demokratischer Sozialismus». Obwohl damals in Osteuropa noch jener abstoßende «Realsozialismus» herrschte, konnte die SPD unter diesem Namen siegen und 1972 bei einer Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent mit 45,8 Prozent zur stärksten Partei werden.

Strohschneider sollte sich selbst in diese kleine Minderheit einreihen, die diesen Namen noch benutzen kann. Er müsste sich dafür von einem verbreiteten Irrtum verabschieden: Nein, es stimmt nicht, dass wir vom «Demokratischen Sozialismus» wegen des «Realsozialismus» sprechen. Es ist keineswegs richtig, dass zur Abgrenzung vom undemokratischen «Realsozialismus» erst das Adjektiv «demokratisch» als Ergänzung auf die Bühne trat.

Zwei Begründungen mögen das verdeutlichen: Historisch-terminologisch spielte der Terminus «demokratischer Sozialismus» erstens schon lange eine wichtige Rolle, bevor Lenin den «undemokratischen» Sozialismus erfand und verwirklichte. Auch hier kann auf Eduard Bernstein zurückgegriffen werden, der zum Beispiel 1895 über «Kommunistische und demokratisch-sozialistische Strömungen während der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts» publizierte und in seinen revisionistischen Texten stets die «SPD eine demokratisch-sozialistische Reformpartei» nannte. Politisch-inhaltlich war zweitens der von Marx und Friedrich Engels beschriebene Sozialismus auch ohne ein zusätzliches Adjektiv immer demokratisch gemeint. Auch der Marxismus und die marxistische SPD bis zum Godesberger Programm von 1959 gehören zur demokratischen Tradition des Sozialismus. Gleiches gilt übrigens für die von Strohschneider erwähnten Varianten «Ökosozialismus», «freiheitlicher» und «emanzipatorischer» Sozialismus - auch sie gehören zur demokratischen Tradition.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Begriffsverwirrung ziehen? Im Interesse einer Reanimation des derzeit im Koma liegenden demokratischen Sozialismus wäre folgendes vorzuschlagen: Um ihm im 21. Jahrhundert wieder eine Zukunftschance zu

geben, sollte der Begriff sprachlich präzisiert werden. Allein ein groß geschriebenes «Demokratisch» würde deutlich machen, dass es nicht um eine adjektivische Ergänzung geht, sondern um die Substanz dessen, was wir bei allen Unterschieden unter Sozialismus verstehen. «Demokratischer Sozialismus» hat dabei keinen engen homogenen Inhalt, sondern beschreibt als integrativer Oberbegriff ein weites pluralistisches Spektrum voller geistigem Reichtum, führt aber Strömungen und Ideen für gemeinsames Handeln zusammen.

Wo aber liegt die Grenze dieses Spektrums? So unterschiedlich Ideen eines «Demokratischer Sozialismus» sein mögen, so sehr müssen sie aber mit einem «Wertekompass und kategorischen Imperativen» übereinstimmen, wie das auch Stroh Schneider formuliert hat. Ein solch pluralistischer und integrativer Begriff kann und soll auch den vielen, teils traditionsreichen Spaltungskräften entgegenwirken. Alleinvertretungsansprüche einzelner Strömungen haben die plurale Linke immer geschwächt.

Jedoch sind Kriterien wichtig, die eine Grenze zu dem ziehen, was nicht mehr «Demokratischer Sozialismus» ist. Nicht alles, was unter dieser Flagge segelt, gehört auch zur Flotte - zum Beispiel Leninismus, Stalinismus und auch Maoismus. Diese Traditionen sind von unserem «Wertekompass» weiter entfernt als die meisten demokratisch-liberalen und konservativen Parteien. (Das widerspricht der Meinung eines Stamokap-Jusos, laut dem kommunistische Parteien unsere politischen Gegner sind, die «bürgerlichen» Parteien aber unsere Feinde! Und heute hilft es auch nicht, «uns aus dem Elend zu erlösen, müssen wir schon den Lenin noch mal lesen».)

Wenn der «Demokratische Sozialismus» mit dem gescheiterten «Realsozialismus» absolut nichts zu tun hat, dann können Demokratische Sozialisten auch nicht mitverantwortlich gemacht werden für die stalinistischen Verbrechen. Moralische Bedenken gegen das Wort «Sozialismus» muss man also nicht haben.

Auch hier ein Blick in die jüngere Geschichte: Bei den Bundestagswahlen 1969 und vor allem 1972 wussten die Wähler genau, dass der von SPD und Jusos propagierte «Demokratische Sozialismus» absolut nichts mit dem «real existierenden Sozialismus» in Osteuropa zu tun hatte. Wenn verunsicherte Intellektuelle im 21. Jahrhundert das wieder lernen, was damals die Wahlbevölkerung schon wusste, könnten sie ohne Skrupel für das, was uns fehlt, wieder einen Namen finden: «Demokratischer Sozialismus».

Für die Bewertung der Geschichte im 20. Jahrhundert folgt daraus, die Geschichte des gescheiterten «Realsozialismus» nicht zur «Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft» zu rechnen. Denn gescheitert ist ein Gegenmodell, nicht eine bloß irgendwie undemokratische Variante. Irrelevant sind daher auch Überlegungen wie jene von Georg Fülberth über einen «Ursachenzusammenhang für das Scheitern des realen Sozialismus»: Nicht das, was der «marxistische Politikwissenschaftler» dazu gesagt hat, ist für die Zukunftschancen des Sozialismus relevant, wir sollten lieber auf das blicken, was Karl Marx, der sich nicht als Marxist begriff, zum Scheitern des «Realsozialismus» gesagt hätte: Diese Gesellschaftsvariante musste naturnotwendig an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen, weil die Produktionsverhältnisse (Staatseigentum an Produktionsmitteln und zentralistische Planwirtschaft) die Produktivkräfte fesselten, so dass höher entwickelte Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte entfesseln mussten.

Als Prognose für den Kapitalismus hat sich das bisher freilich nicht bewahrheitet. Für Linke stellt sich deshalb die Frage, warum das unausweichliche Scheitern des «Realsozialismus» zu einem neoliberalen Raubtierkapitalismus führte - und nicht zum Erfolg eines «Demokratischen Sozialismus». Das war nach Stalins Tod 1953 ja durchaus eine realistische Entwicklungsperspektive für die osteuropäischen Staaten. Die Chance zeigt sich bis heute in Begriffen wie «Dritter Weg», Entstalinisierung und Liberalisierung, verbunden mit dem auf beide Systeme bezogenen Begriff «Konvergenztheorie».

Für heute ist der Begriff «Dritter Weg» tatsächlich nicht mehr «allzu passend», wie Strohschneider urteilt. Denn er war bezogen auf die «Systemauseinandersetzung ... zweier hochgerüsteter Giganten». Während Kalte Krieger die Systemauseinandersetzung durch den Sieg des Westens entscheiden wollten, glaubten Anhänger des «Dritten Weges» im Osten wie auch die Anhänger der Entspannungspolitik und Konvergenztheorie im Westen daran, der Konflikt könne durch innere Reformen in beiden Systemen in Richtung eines «Demokratischen Sozialismus» überwunden werden. Ich habe dazu selbst schon Anfang der 1970er Jahre unter anderem in Beiträgen wie «Demokratischer Sozialismus in Ost und West» und meinem Beitrag «Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands durch demokratischen Sozialismus» das Wort ergriffen.

Bei der Perspektive, um die es geht, handelte es sich damals nicht um Wunschdenken, sondern um eine realistische Chance: Der «Realsozialismus» war nicht nur leninistische Diktatur und stalinistischer Terror. In vielen Menschen lebte der Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, der auch in den Eliten der Parteidiktatur Resonanz finden konnte. Der antidemokratische Marxismus-Leninismus berief sich ja selbst auch auf Marx, welcher, abgesehen von einigen autoritären Ansätzen, eindeutig zur freiheitlich-

demokratischen Tradition des Sozialismus gehört, gelesen werden durfte, sogar musste. Konvergenz oder Synthese der verfeindeten Systeme bedeutete also nie Kompromiss zwischen freiheitlich-demokratischen und diktatorisch-totalitären Institutionen und Werten, sondern immer und eindeutig Abkehr von der leninistisch-stalinistischen Ideologie und Hinwendung zum «Demokratischen Sozialismus». Mögen die Eliten des «Realsozialismus» auch versucht haben, die demokratischen Wurzeln des Marxismus zu unterdrücken, so blieben diese dennoch nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch innerhalb der Staatsparteien lebendig. Deshalb konnte es immer wieder Bemühungen um eine Demokratisierung geben, 1956 in Ungarn, später auch in Polen, vor allem aber 1967/68 in der Tschechoslowakei. Im Prager Frühling war die KPC unter Alexander Dubček zu einer vorbildlichen demokratisch-sozialistischen Volkspartei geworden. Hieraus ließen sich noch immer Anregungen ziehen. Für eine Reanimierung des «Demokratischen Sozialismus» drei Jahrzehnte nach dem Tod des »Realsozialismus« könnten auch Ideen zu gewinnen sein, welche die damaligen Erneuerungsbewegungen im Ostblock antrieben.

Strohschneider erwähnt einige Beispiele. Und er erwähnt den «zu Unrecht verfeindeten Sozialdemokraten Eduard Bernstein». Dabei ist jedoch zu ergänzen, dass es nicht nur um die Person geht, sondern mehr noch um den verdrängten revisionistisch-reformistischen Theorieansatz. Dieser kritisch-rationale Denkansatz ist das Gegenteil des antirevisionistisch-dogmatischen Ansatzes, der es lediglich erlaubt, marxistische Erkenntnisse zu interpretieren, nicht aber, sie auch empirisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Alle bereits erwähnten «reform- oder eurokommunistischen Bemühungen» zur Rettung des «Realsozialismus» wurden übrigens auch als «Revisionismus» abgelehnt, ihre Akteure exkommuniziert, unter Stalin sogar exekutiert.

Bei der Wiederbelebung des revisionistisch-reformistischen Theorieansatzes geht es vor allem um die «geistige Erneuerung» der SPD, ohne deren Überleben keine linke Mehrheit hierzulande möglich werden kann. Zu präzisieren ist daher Strohschneiders Feststellung, laut der «in seiner sozialdemokratischen Variante» der Sozialismus «ebenfalls in einer historischen Krise» sei. In diese Krise, inzwischen eine existenzielle, ist aber nur die politische Organisation SPD hineingedümpelt, weil deren Eliten die «sozialdemokratische Variante des Sozialismus» vergessen und sogar bewusst ersetzt haben: durch eine «sozialdemokratische Variante des Neoliberalismus».

Diese falsche Richtungsentscheidung möchten viele Pragmatiker inzwischen ernsthaft korrigieren, vorgeschlagen werden dazu gute sozialpolitische Einzelmaßnahmen. Aber als Alternative zur Union wird die SPD erst wieder erkennbar und stark, wenn es ihr gelingt,

wie in den 1960er und 1970er Jahren, auf der Grundlage einer erneuerten Idee eines pluralistisch-integrativen Demokratischen Sozialismus wieder zum Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft zu werden.

Horst Heimann, Jahrgang 1933, hat Politikwissenschaft und Geschichte in Berlin und Paris studiert. Bis 1976 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Berlin, später lange Jahre Dozent und Vizedirektor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg. Heimann hat zahlreiche Publikationen zu Theorie und Programmatik der SPD, zur Neuen Linken und zu den Ost-West-Beziehungen vorgelegt. 1975 gehörte er neben Ossip K. Flechtheim und Fritz Vilmar zu den Mitbegründern der Hochschulinitiative «Demokratischer Sozialismus».